

1. Die Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik: Institutionalisierung einer Tradition (1947-1963)

Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik stellte einen Wendepunkt in der europäischen Geschichte dar. Im Zuge der Wiedereingliederung des Landes in den Welthandel und des »Wirtschaftswunders« wurde in Europa ein experimentelles Modell für den Neoliberalismus in der Welt eingeführt.¹ Westeuropa knüpfte damit an seine alte liberale Tradition an, die sich jedoch durch die Erfahrungen der 1920er und 1930er Jahre grundlegend verändert hatte und im Kontext der Teilung Deutschlands stark antikomunistisch geprägt war. Auf einem Kontinent, der im Osten vom sowjetischen Modell und im Westen vom keynesianischen Interventionismus dominiert wurde, war dieses von neoliberalen Ideen beeinflusste Experiment das Ergebnis von drei Prozessen: der politischen Entscheidung für eine Ordnungspolitik; einem Kompromiss zwischen den verschiedenen Akteuren der westdeutschen Gesellschaft mit den westlichen Besatzungsmächten sowie mit dem keynesianischen Mainstream; und schließlich der Institutionalisierung einer intellektuellen und administrativen Tradition in Verbindung mit politischen und akademischen Netzwerken. Diese Prozesse erstreckten sich über einen Zeitraum, der vom Wiederaufbau in der Bizone bis zum Ende der Adenauer-Ära reichte und dessen Höhepunkt das Jahr 1957 – auch das Jahr der Römischen Verträge – mit der Gründung der Bundesbank, der Verabschiedung des Antikartellgesetzes und der Ankündigung der Rückkehr zur Währungsconvertibilität darstellte.

1 Vgl. Ch. Buchheim: Die Wiedereingliederung Westdeutschlands; Herbst, Ludolf/Bührer, Werner/Sowade, Hanno (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München: Oldenbourg 1990.

Die Institutionalisierung: der Einfluss ordoliberaler Netzwerke

Es scheint schwierig, in dem Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik die bloße Umsetzung eines ordoliberalen Programms zu sehen, wie es Alexander Rüstow suggerierte.² Für die meisten Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft, allen voran Alfred Müller-Armack, war diese kein »fertiges Rezept«, sondern die evolutionäre Form einer gesellschaftlichen Wirtschaftsordnung.³ In der Tat entstand sie relativ spät und indirekt im Hinblick auf die Entwicklung des ordoliberalen Denkens ab den 1930er Jahren. Während Erhard und sein Umfeld die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft im Kontext des zusammenbrechenden Reichs entwickelten, tauchte der Begriff erst 1946 zum ersten Mal aus der Feder von Müller-Armack auf. Die Soziale Marktwirtschaft war daher keineswegs das politische Modell einer Wirtschaftsdoktrin, sondern in erster Linie ein Konzept zur Wiederherstellung einer liberalen Gesellschaftsordnung nach dem Nationalsozialismus, die einen dritten Weg zwischen dem Laissez-Faire-Kapitalismus und dem sozialistischen Interventionismus anbot.⁴

Erst ab 1947/48 spielten die Ordoliberalen eine entscheidende Rolle bei der Beratung der Währungsreform in der Bizone (Eucken, Miksch, Röpke) und waren im wissenschaftlichen Beirat der Wirtschaftsverwaltung überrepräsentiert (Beckerath, Böhm, Eucken, Miksch, Müller-Armack, Lampe, Liefmann-Keil, Wessels).⁵ Seitdem beeinflussten neoliberale Ideen und Begriffe Erhards Wirtschaftspolitik, die sich um drei Schlüsselkonzepte drehte: monetäre Sanierung, Errichtung einer Wettbewerbsordnung und Verbreitung einer Stabilitätskultur. Trotz der Vorbehalte der Alliierten und der Bevölkerung

-
- 2 Rüstow, Alexander: »Soziale Marktwirtschaft als Gegenprogramm gegen Kommunismus und Bolchevismus?«, in: Albert Hunold (Hg.), *Wirtschaft ohne Wunder*, Erlenbach-Zürich: Rentsch 1953, S. 97–108.
 - 3 Müller-Armack, Alfred: »Die deutsche Wirtschaft während des weltweiten Wiederaufbaus seit 1945«, in: Kurt Fürer (Hg.), *Die Bundesrepublik Deutschland: Wirtschaftspartner der Welt*, Oldenburg: Stalling 1968, S. 16.
 - 4 Vgl. A. Nicholls: *Freedom with Responsibility*, S. 136–145; R. Ptak: *Ordoliberalismus*; Löffler, Berhard: »Ökonomie und Geist. Ludwig Erhard, die Intellektuellen und die Ideengeschichte des europäischen Neoliberalismus«, in: Michael Hochgeschwender (Hg.), *Epoche im Widerspruch. Ideelle und kulturelle Umbrüche der Adenauerzeit*, Bonn: Bouvier 2011, S. 74–102.
 - 5 Vgl. A. Nützenadel: *Stunde der Ökonomen*, S. 126–135.

nutzte Erhard den Anlass der Einführung der DM, um das Ende der Kontrollwirtschaft und die Liberalisierung der westdeutschen Wirtschaft durch drei grundlegende Entscheidungen anzukündigen: die Freigabe der Inlandspreise, die Öffnung des Außenhandels und die Gründung einer autonomen Bank deutscher Länder (BdL) ab 1951, die der Währungsstabilität Vorrang einräumte. Dieses Programm zur Wiederherstellung einer freien Marktwirtschaft blieb jedoch sehr partiell, da die Preisfreigabe auf bestimmte Bereiche beschränkt war und zahlreiche staatliche Kontrollen und Unterstützungen beibehalten wurden.⁶

Parallel zur allmählichen politischen Legitimation der Sozialen Marktwirtschaft innerhalb der kleinen Koalition aus CDU/CSU und FDP begann der Prozess der Institutionalisierung in den Bundesministerien.⁷ Diese Institutionalisierung erfolgte zunächst unter Erhards Obhut durch den Aufbau einer ordoliberalen Hochburg innerhalb des BMWi ab Oktober 1952, als Alfred Müller-Armack zum Leiter der Abteilung I und Hans von Boeckh zu seinem Stellvertreter für wirtschaftspolitische Grundsatzfragen (IA) ernannt wurden. In den 1950er und 1960er Jahren folgten Schüler der Ordoliberalen einander auf dem letztgenannten Posten: Rolf Gocht (Eucken), Otto Schlecht (Elisabeth Liefmann-Keil), Hans Tietmeyer (Gerhard Weisser).⁸ Dieser Einfluss diente einer »Verwissenschaftlichung der Wirtschaftspolitik« durch ein Netzwerk wissenschaftlicher Institutionen.⁹ Um den 1948 gegründeten wissenschaftlichen Beirat des BMWi zu ergänzen, wurde 1963 der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eingerichtet. Das BMWi unterstützte auch die Entwicklung liberaler wissenschaftlicher Institutionen u.a. das von Müller-Armack gegründete Institut für Wirtschaftspolitik in Köln, das Institut für Mittelstandsforschung in Bonn, das Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik in Mainz und das Walter-Eucken-Institut in Freiburg.¹⁰ Diese Institute fungierten als Brücke zwischen dem BMWi und den Figuren des Ordoliberalismus in Freiburg (Eucken), Münster (Müller-

6 Vgl. Ritsch, Albrecht: »Soziale Marktwirtschaft in der Praxis«, in: Abelshauser, Das Bundeswirtschaftsministerium (2016), S. 277–293.

7 Vgl. B. Löffler: Soziale Marktwirtschaft, S. 465–470.

8 Vgl. Hesse, Jan-Otmar: »Wissenschaftliche Beratung der Wirtschaftspolitik. Das Bundeswirtschaftsministerium und die Volkswirtschaftslehre«, in: Abelshauser, Das Bundeswirtschaftsministerium (2016), S. 397.

9 B. Löffler: Soziale Marktwirtschaft, S. 85.

10 Vgl. Wohlgemuth, Michael: »The Present Relevance of Ordnungstheorie for the Politics in the Economics of the Social Order«, in: Agnès Labrousse/Jean-Daniel

Armack), Mainz (Welter), Heidelberg (Rüstow, Preiser), Bonn (Beckerath), Köln (Müller-Armack, Schmölders, Ritterhausen, Wessels), Frankfurt (Böhm, Hallstein, Mestmäcker) sowie in Genf (Röpke), Basel (Salin) und Zürich (Lutz). Unter Erhard unterstützte das BMWi auch nationale und internationale neoliberale Organisationen. So finanzierte die Bundesregierung als einzige Regierung weltweit ab 1957 die Mont Pèlerin Society und erkannte damit deren Urheberchaft an grundlegenden wirtschaftspolitischen Konzepten der Bundesrepublik an.¹¹ Die Society zählte 1960 siebzehn deutsche Mitglieder unter denen Böhm, Erhard, Müller-Armack, Rüstow, Lutz und Schmölders die Prominentesten waren.

Obwohl die westdeutsche Wissenschaftsgemeinschaft weitgehend von den keynesianischen Theorien geprägt wurde, war das ordoliberales Netzwerk aufgrund seiner direkten Nähe zu politischen Entscheidungen besonders einflussreich. Dieses enge Verhältnis zwischen einem Regierungszweig und dem wissenschaftlichen Milieu war unter den westlichen Ländern einzigartig und erwies sich bald als ein wichtiger Trumpf in den europäischen Verhandlungen.

Eine langsame Einführung: vier Gründungskompromisse

Nach den Wahlsiegen der Regierungskoalition 1949 und vor allem 1953 wurde der Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft fortgesetzt. Erhards erstes Ziel war es, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft zu schaffen, die dem internationalen Wettbewerb offenstand. Schon im Herbst 1949 spielte die Bundesrepublik eine Vorreiterrolle bei der Liberalisierung des innereuropäischen Handels, indem sie eine Reihe von bilateralen Freihandelsabkommen mit ihren Nachbarn unterzeichnete.¹² Außerdem setzte sie sich in der OEEC und im GATT für einen allgemeinen Abbau von Einfuhrhindernissen ein. Die Aufhebung der Dollarklausel und die Gründung der Europäischen Zahlungsunion (EZU) im Juli 1950 begünstigten den westdeutschen Exportboom. Dieser Exportboom war

Weisz (Hg.), *Institutional Economics in France and Germany: German Ordoliberalism and the French Regulation School*, Berlin: Springer 2001, S. 209.

11 Vgl. Roth, Karl Heinz: »Klienten des Leviathans: Die Mont Pèlerin Society und das Bundeswirtschaftsministerium in den 50er Jahren«, in: *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 16 (2000), S. 13–41.

12 Vgl. R. Neebe: *Weichenstellung*, S. 88–106.

hauptsächlich auf die wiedergewonnene Fähigkeit der westdeutschen Wirtschaft zurückzuführen, Investitionsgüter in ihre Nachbarländer zu exportieren, die für deren Wiederaufbau unerlässlich waren und in einer erschwingeren Währung als dem Dollar verkauft wurden. Die Handelsöffnung der westdeutschen Industrie profitierte damals von der Stärke des Dollars, der seit 1949 bei 4,20 DM lag. Die Industrie sowie die Landwirtschaft kompensierten den Wegfall der Handelsschranken teilweise durch die allmähliche Unterbewertung der DM. Trotz des internationalen Drucks wurde die DM erst im März 1961 um nur 5 % aufgewertet. Die Debatte über die Aufwertung verankerte die Idee, dass die Interessen der Exportindustrie mit einer starken Währung unvereinbar wären. So entstand ein Kompromiss um eine Art monetären Merkantilismus, der auf der Akzeptanz eines zunehmenden Grades an Handelsöffnung mit Ausnahmen und einer dauerhaften Tendenz zur Unterbewertung der DM beruhte.¹³

Die zweite grundlegende Debatte fand 1955–1956 um die Konjunkturpolitik statt, als das Wachstum bis zu 12 % des realen BSP erreichte. Zusammen mit dem BMF und der BdL sah Erhard in dieser Hochkonjunktur die Gefahr eines Inflationsrutschs und gab daher der Stabilitätspolitik Priorität.¹⁴ Im Gegensatz dazu forderte Adenauer, der von dem Bankier Hermann Josef Abs und dem BDI-Präsidenten Fritz Berg beraten wurde, im Vorfeld der Bundestagswahlen von 1957 einen Stimulus.¹⁵ Auch wenn die Stabilitätspolitik schließlich fortgesetzt wurde und somit den Vorrang der Inflationsbekämpfung vor dem Wachstum durchsetzte, hatte diese Debatte die grundlegende Bedeutung des Wachstums in der Sozialen Marktwirtschaft hervorgehoben. Obwohl das Wachstum in den ordoliberalen Theorien relativ abwesend war, wurde es infolge des »Wirtschaftswunders« neben der Stabilitätspolitik zu einem vorrangigen Ziel.

Diese Frage der Konjunkturpolitik war mit einer dritten Debatte über die Satzung der Bundesbank verknüpft, die am 26. Juli 1957 verabschiedet wurde. Mit der Wiedereinführung des Emissionsmonopols hatten die westlichen Besatzungsmächte den Grundsatz der Autonomie der Zentralbank gegenüber der politischen Macht festgelegt. Diese Entscheidung entsprach in erster Linie dem Wunsch der Alliierten wie auch der Führung der ehemaligen Reichsbank,

13 Vgl. J. Germann: Unwitting Architect, S. 59–78.

14 Vgl. A. Nützenadel: Stunde der Ökonomen, S. 244–256.

15 Vgl. Koerfer, Daniel: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stuttgart: DVA 1987, S. 98–99.

die Finanzierungsmöglichkeiten des Bundes im Kontext der Entnazifizierung zu begrenzen.¹⁶ Sie hatte wenig mit den ordoliberalen Theorien zu tun, die vor allem die Festlegung eines automatischen währungspolitischen Stabilisators befürworteten, den Eucken sogar als unvereinbar mit der Unabhängigkeit der Zentralbank bezeichnet hatte.¹⁷ Im Gegensatz dazu bekämpften Adenauer und ein Teil der CDU die Autonomie der Zentralbank, da sie darin einen Eingriff in die Souveränität und eine Einschränkung der Konjunkturpolitik der Bundesregierung sahen.¹⁸ Diese Debatte besiegelte schließlich die Unabhängigkeit der Geldpolitik gegenüber der Konjunkturpolitik und bestätigte die Geldwertstabilität sowohl im Inland (Preise) als auch im Ausland (Wechselkurse) als Hauptziel der Bundesbank.

Die vierte Gründungsdebatte fand über das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vom 27. Juli 1957 statt. Dieses Gesetz war laut Erhard »das Grundgesetz der deutschen Wirtschaft«.¹⁹ Es wurde sowohl von Euckens Werk als auch vom amerikanischen Antitrust inspiriert, um die westdeutsche Wirtschaft zu dekartellisieren.²⁰ Der Text bildete den Hauptpfeiler des ordoliberalen Einflusses auf die Soziale Marktwirtschaft, indem es eine Wettbewerbsordnung einführte und die wirtschaftliche Macht bekämpfte. Trotz sektoraler Ausnahmen (Verkehr, Energie, Post) beruhte die Wettbewerbspolitik auf dem Grundsatz des Kartellverbots, der Begrenzung staatlicher Beihilfen und der Schaffung eines unabhängigen Bundeskartellamts.

Diese verschiedenen Kompromisse ermöglichten es, die wichtigsten Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Bezug auf die Handelspolitik, die Konjunkturpolitik, die Währungsstabilität und den Wettbewerb durchzusetzen. Weitere Reformen, die u. a. von den christlichen oder sozialdemokratischen Gedanken beeinflusst waren, kamen hinzu, um das westdeutsche Sozialmodell durch die Vertiefung des Sozialstaats zu bilden. Durch diese Kompromisse konnten die Prinzipien des Wirtschaftsliberalismus in einer

16 Vgl. Mee, Simon: *Central Bank Independence and the Legacy of the German Past*, Cambridge: Cambridge University Press 2019, S. 149–192.

17 Vgl. Berger, Helge: »The Bundesbank's Path to Independence: Evidence from the 1950s«, in: *Public Choice* 93 (1997), S. 427–453.

18 Vgl. J. Leaman: *The Bundesbank Myth*, S. 97–107.

19 LEA, NE I-1, 3, *Schriftwechsel – Adenauer 1952–1955*, Brief von Erhard an Adenauer vom 11. Juli 1954.

20 Vgl. Hesse, Jan-Otmar: »Abkehr vom Kartelldenken? Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen als ordnungspolitische und wirtschaftstheoretische Zäsur der Ara Adenauer«, in: Hockerts/Schulz, *Der »Rheinische Kapitalismus«* (2016), S. 29–50.

Gesellschaft verankert werden, die ihnen ursprünglich ablehnend gegenüberstand, während die Bundesrepublik zu einer ordoliberalen Hochburg wurde.

Eine nicht exportierbare Kampfdoktrin gegen den Kommunismus

Trotz dieser Kompromisse, die die westdeutsche Realität immer weiter von ihrem theoretischen Ideal entfernten, unterstützten die Neoliberalen Erhards Politik teils kritisch, aber fast einstimmig. Hayek kritisierte zwar die soziale Dimension und den Ausdruck »Soziale Marktwirtschaft«, erkannte aber die Bedeutung der Konkretisierung neoliberaler Gedanken in der Bundesrepublik für die weltweite Verbreitung der von ihm befürworteten Gesellschaftsordnung und lobte Erhard für die »Wiederherstellung einer freien Gesellschaft in Deutschland«.²¹ Die Neoliberalen preisten aber vor allem die experimentelle Dimension des antikommunistischen Freiheitskampfes an den Grenzen der freien Welt. Rüstow sah in der Sozialen Marktwirtschaft ein westliches »Gegenprogramm«²² und Müller-Armack »eine Formel, unter der sich das Selbstverständnis des Westens in einer ihm gemäßen Form organisieren vermag«.²³ Die Soziale Marktwirtschaft und der Neoliberalismus wurden von den ostdeutschen Ökonomen als »ideologische Waffe des untergehenden Kapitalismus« (Herbert Meißner, Robert Naumann) bezeichnet.²⁴ Im Kontext der Dominanz des Interventionismus waren Müller-Armacks Pläne für eine zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft 1961 und Erhards »formierte Gesellschaft« 1964 ebenfalls pragmatische Antworten auf die Herausforderung der keynesianischen Modernisierer, die damals von dem Godesberger Programm der SPD, von der gaullistischen Planung oder von Johnsons *Great Society* gestellt wurde.²⁵

21 Vgl. Hennecke, Hans Jörg: Friedrich August von Hayek. Die Tradition der Freiheit, Düsseldorf: Wirtschaft und Finanzen 2000, S. 269–270.

22 A. Rüstow: »Gegenprogramm«, S. 101.

23 Müller-Armack, Alfred: »Das gesellschaftspolitische Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft« (1962), in: Alfred Müller-Armack: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Bern/Stuttgart: Haupt 1976, S. 295.

24 Vgl. Ph. Plickert: Wandlungen, S. 280.

25 Vgl. Hagemann, Harald: »Ordoliberalism, the Social-Market Economy, and Keynesianism in Germany 1945–1974«, in: Roger Backhouse (Hg.), *Liberalism and the Welfare*

In diesem Hinblick erschien zunächst der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik als Priorität, um erst später die Übernahme dieses ursprünglichen Modells durch andere Länder zu fördern.²⁶ Während dieser Aufbauphase betrachteten Erhard und Müller-Armack die Soziale Marktwirtschaft nicht als »Exportprodukt«, sondern im Gegenteil als »eine spezifisch deutsche Form, die Probleme des Wiederaufbaus zu bewältigen«.²⁷ Infolgedessen konzentrierte sich die internationale Öffentlichkeitsarbeit der Neoliberalen und der Bundesregierung auf die Bundesrepublik. Die zahlreichen Publikationen des Schweizerischen Instituts für Auslandsforschung, das beim Eugen-Rentsch-Verlag in Zürich neoliberale Werke herausgab, wurden fast ausschließlich auf dem westdeutschen Markt abgesetzt.²⁸ Auch die Veröffentlichungen der Ordoliberalen in der Presse blieben hauptsächlich auf deutschsprachige Zeitungen beschränkt. Das BMWi seinerseits ließ zwar Publikationen über die Soziale Marktwirtschaft in mehrere Sprachen übersetzen, insbesondere Erhards Werke wie z.B. *Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt und Wohlstand für alle*.²⁹ Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung veröffentlichte einige Werke ordoliberaler Autoren, in denen das westdeutsche Modell angepriesen wurde.³⁰ Die internationale Öffentlichkeitsarbeit war somit sehr begrenzt, obwohl das »Wirtschaftswunder« im Ausland auf echtes Interesse stieß. Abgesehen von einigen nationalen akademischen Publikationen blieb die Soziale Marktwirtschaft bei den europäischen Partnern der Bundesrepublik daher weitgehend unbekannt.³¹ Die ordoliberalen wirtschaftspolitischen und juristischen Neologismen (*Wirtschaftsordnung*,

State: Economists and Arguments for the Welfare State, Oxford: Oxford University Press 2017, S. 67–74.

- 26 Röpke, Wilhelm: »Der Liberalismus und die wirtschaftliche Integration Europas«, in: Neue Zürcher Zeitung vom 4. Oktober 1953.
- 27 A. Müller-Armack: »Das gesellschaftspolitische Leitbild«, S. 314.
- 28 Vgl. Longchamp, Olivier/Steiner, Yves: »Comment les banquiers et industriels suisses ont financé le renouveau libéral«, in: L'Économie politique 44 (2009), S. 87.
- 29 Erhard, Ludwig: *Germany's Comeback*, London: Allen and Unwin 1953; *Prosperity through Competition*, London: Thames and Hudson 1959.
- 30 Vgl. Mötteli, Carlo: *Dix ans de liberté économiques tenant compte des libertés sociales en Allemagne de l'Ouest/Ten Years of Free Market Economy in West Germany*, Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1959.
- 31 Vgl. auf französisch: Bilger, François: *La pensée économique libérale dans l'Allemagne contemporaine*, Paris: Librairie générale de droit et de jurisprudence 1964; François-Poncet, Jean: *La politique économique de l'Allemagne occidentale*, Paris: Université de Paris – Institut d'études politiques 1963–1964.

Marktkonformität, vollkommener Wettbewerb), wurden größtenteils nie übersetzt und blieben für die ausländischen Partner sibyllinisch.

Der Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft in den ersten Jahren der Bundesrepublik spiegelte eine »Konstellation von Einflüssen«³² wider, unter denen neben dem Ordoliberalismus die Vorstellungen der US-Regierung eine herausragende Rolle spielten. Dieser Prozess erfolgte durch eine theoretische Vereinfachung um einige Gründungskompromisse, die später die Europapolitik der Bundesregierung im Wirtschaftsbereich bestimmen sollten: maximale Handelsöffnung zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit; Schaffung einer Wettbewerbsordnung durch Freigabe der Preise und prinzipielles Verbot privater oder staatlicher Wettbewerbsverzerrung; Ablehnung einer expansiven Konjunkturpolitik; Autonomie einer auf dem Prinzip der Geldwertstabilität fokussierten Zentralbank. Der Einfluss der Ordoliberalen und anderer Ökonomen auf das westdeutsche Wirtschafts- und Sozialmodell wurde institutionalisiert, indem diese Netzwerke die Politik berieten, aber auch durch Expertenwissen legitimierten, insbesondere im Falle einer liberalen Ausrichtung der Wirtschaft, der die Öffentlichkeit weiterhin ablehnend gegenüberstand. Diese Art »Verwissenschaftlichung des Sozialen« spielte eine entscheidende Rolle bei der Konzeptualisierung neuer Fragestellungen wie etwa der europäischen Integration. Der rückgängige Einfluss der Ökonomen in den folgenden Jahrzehnten wurde innerhalb des BMWi durch die persönliche Treue einer Expertenelite zu den Ideen des Gründungsministers bis in die 1990er Jahre kompensiert.³³ Diese dauerhafte Verankerung einer intellektuellen Tradition, die den freien Markt verteidigte, in den Schlüsselministerien und später in der Bundesbank, bildete die Grundlage für eine gemeinsame Kultur der Sozialen Marktwirtschaft, die insbesondere auf dem Festhalten an der Schaffung einer rechtlichen und ethischen Ordnung im Gegensatz zur Vermehrung interventionistischer Maßnahmen beruhte.³⁴ In den ersten

32 Vgl. H. G. Hockerts/G. Schulz: Der »Rheinische Kapitalismus«, S. 25.

33 Vgl. Schlecht, Otto: »Das Bundesministerium für Wirtschaft und die deutsche Ordnungspolitik der Nachkriegszeit«, in: ORDO 48 (1997), S. 102–108.

34 Vgl. Dyson, Kenneth: »Ordoliberalism as Tradition and as Ideology«, in: Hien/Joerges, Ordoliberalism (2017), S. 88–90.

Jahren der europäischen Integration fokussierte die Strategie der Bundesregierung daher nicht darauf, ihr Modell auf andere europäische Länder zu übertragen, sondern eher darauf, seine langsame und dauerhafte Etablierung auf nationaler Ebene zu schützen.